

Zieler (Dawall)

KV-Nr.:

3195

Die Aufgabe besteht (ohne Deckblatt) aus 10 Blatt und ist vollständig durchnummeriert.

Der Aufgabentext ist zu Beginn auf Vollständigkeit zu überprüfen.

RA Wiese, Auf der Insel 23, 44623 Herne

Rechtsanwälte

Klaus Wiese

Wolfgang Maaß

Manfred Engels

Steuerberater

Rudolf Stöcker

Tel.-Nr.: 0 2323/386734

Fax-Nr.: 0 2323/386713

Herne, 01.09.2005

Verfügung:

1. Vermerk

In der heutigen Sprechstunde erscheint der Mandant

Hugo Schrepp, Am Sengenhoff 4, 44625 Herne

und überreicht folgende Unterlagen

- Klageschrift der Rechtsanwälte Hollerbach pp. vom 17.08.2005 mit Anlagen
- Verfügung des AG Herne vom 24.08.2005
- Schreiben vom 07.02.2005

Er erklärt hierzu:

„Am Montag, dem 29.08.2005, ist mir eine Klageschrift der Agila GmbH mit den Anlagen, die ich mitgebracht habe, zusammen mit einer Verfügung des Amtsgerichts Herne zugestellt worden.

Es ist richtig, dass ich am 31.01.2005 die von der Klägerin vorgelegte Vertragsurkunde unterschrieben habe. Ich habe auch die in der Klageschrift genannten Schreiben der Klägerin, auch das Mahnschreiben vom 14.06.2005, erhalten. Das Ganze hat jedoch eine Vorgeschichte, die meines Erachtens nicht unter den Tisch fallen darf.

Ich bin Eigentümer des Hauses Am Sengenhoff 4 in 44625 Herne. Mein Sohn, Herr Matthias Schrepp, der Geschäftsführer der Hugo Schrepp GmbH ist, hat in meinem Hause eine Wohnung angemietet.

Ich möchte allerdings klarstellen, dass ich nicht in der Firma meines Sohnes beschäftigt bin. Mein Sohn hat die Hugo Schrepp GmbH schon vor vielen Jahren komplett von mir übernommen. Ich weiß natürlich, dass ich danach auch nicht mehr berechtigt bin, für die Firma Geschäfte abzuschließen.

Am 31.01.2005 hielt ich mich in der Wohnung meines Sohnes auf, da ich dort einige Angelegenheiten zu erledigen hatte. Mein Sohn war nicht zugegen. Ein Mitarbeiter der Klägerin schellte an der Wohnungstür meines Sohnes, worauf ich ihm Einlass gewährte. Der Mitarbeiter der Klägerin hat mich dann, wie auch immer, dazu gebracht, meine Unterschrift unter dem Formular zu leisten. Ich fühlte mich total überrumpelt und leistete letztendlich die Unterschrift, weil ich meine Ruhe haben wollte. Ich bin davon ausgegangen, dass mein Sohn mit der Sache schon einverstanden sein werde.

Nachdem mein Sohn zurück gekehrt war, nahm er den Vertrag in Augenschein. Er hatte kein Interesse an der angemieteten Werbefläche. Ich erzählte ihm, dass ich mich zur Unterzeichnung habe überreden lassen.

Mein Sohn wandte sich noch mit Datum vom gleichen Tage an die Klägerin und schickte den Vertrag zurück mit dem Hinweis, dass dieser storniert werden solle. Dies hat die Klägerin dann auch getan.

Vorsorglich habe ich selber mit Schreiben vom 07.02.2005 den Vertrag widerrufen. Eine Kopie des Briefes habe ich mitgebracht. Ich hatte mich zuvor mal im BGB über meine Rechte informiert. Seit der Reform des Schuldrechts vor ein paar Jahren sind die Gesetze ja auch für den Bürger verständlich!

Dort habe ich gelesen, dass man Verträge, die in einer Privatwohnung abgeschlossen werden, widerrufen kann. Der Mitarbeiter der Klägerin erschien völlig unaufgefordert. Ich bin daher zum Widerruf berechtigt. Die erforderliche Frist habe ich eingehalten. Ich hatte ja 2 Wochen Zeit. Wenn die Anwälte der Klägerin in der Klage schreiben, dass an dem Vertrag kein Verbraucher beteiligt war, dann stimmt das doch nicht. Ich bin doch ein Verbraucher. Die wollen doch wohl nicht darauf hinaus, dass als Auftraggeber in dem Vertrag die Hugo Schrepp GmbH aufgeführt ist. Darauf kann es doch nicht ankommen, wenn ich überrumpelt worden bin.

Ich möchte jetzt von Ihnen wissen, wie ich mich in dem Verfahren verhalten soll. Kann ich mich mit Erfolg gegen die Klage verteidigen?

Schließlich hat mein Sohn den Vertrag storniert und ich selbst habe den Widerruf erklärt. Selbst wenn ich nicht zum Widerruf des Vertrages berechtigt gewesen sein sollte, möchte ich geklärt wissen, ob ich die Forderung dann in voller Höhe begleichen muss. Die Klägerin hätte doch nach meinem Widerruf die Werbefläche an eine andere Firma vermieten können. Das kann doch nicht unberücksichtigt bleiben. Schließlich will ich wissen, ob ich aus dem angeblich geschlossenen Vertrag auch irgendwelche Rechte geltend machen kann.

Auf Nachfrage kann ich mitteilen, dass mein Sohn sich gegebenenfalls vorstellen könnte, Werbeflächen auf einem Wagen der Klägerin zu belegen, wenn es sich nicht vermeiden lässt. Er meint, bevor ich Geld für gar nichts zahlen muss, möchte er die Werbung lieber in Anspruch nehmen. Lieber wäre es uns allerdings, wenn ich mich von dem Vertrag lösen könnte.“

2. Neues Mandat eintragen

3. WV sofort


Maaß

HOLLERBACH PEPPER BARTH & PARTNER
Postfach 14 01 78 50463 Köln

An das
Amtsgericht Herne

Friedrich-Ebert-Platz 1
44623 Herne

Rechtsanwälte

Dr. Paul Hollerbach *

Dr. Beate Pepper

Martina Barth **

Dr. Christian Hartwig

Irina von Holz **

* Zugleich Fachanwalt für Verwaltungsrecht

** Zugleich Fachanwalt für Arbeitsrecht

Hansaplatz 4-7

50670 Köln

Reg.-Nr. 05/164/BA/m

Bei Antwort und Zahlung bitte angeben

Tel. 0221/867 80- 42

Fax 0221/867 80- 52

Köln, 17.08.2005

K L A G E

der Firma Agila Öffentlichkeitswerbung GmbH, Venloer Straße 171, 50823 Köln, vertr. d.d.
Geschäftsführer Armin Mathäus und Henrike Albus ebda,

Klägerin,

Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte Hollerbach, Pepper, Barth und Partner, Hansaplatz 4-7,
50670 Köln

gegen

Herrn Hugo Schrepp, Am Sengenhoff 4, 44625 Herne,

Beklagten.

Namens und mit Vollmacht der Klägerin erheben wir Klage und bitten um baldige Anberaumung eines Termins zur mündlichen Verhandlung, in dem wir beantragen werden zu erkennen:

1. Der Beklagte wird verurteilt, an die Klägerin EUR 2.164,- nebst Zinsen iHv. 8%-Punkten über dem Basiszinssatz seit dem 24.06.2005 zu zahlen.
2. Der Beklagte trägt die Kosten des Rechtsstreits.
3. Das Urteil ist - notfalls gegen Sicherheitsleistung - vorläufig vollstreckbar.

Für den Fall des Vorliegens der gesetzlichen Voraussetzungen beantragen wir, durch Versäumnis- oder Anerkenntnisurteil zu erkennen.

B e g r ü n d u n g :

I .

Die Klägerin ist in der Werbebranche tätig und stellt aufgrund vertraglicher Vereinbarungen Sportvereinen, Städten und Gemeinden sowie gemeinnützigen Institutionen Transportfahrzeuge zur Verfügung, welche mit Werbung versehen und mittels Einnahmen aus dieser Werbung finanziert werden.

Der Beklagte schloss mit der Klägerin am 31.01.2005 einen Werbevertrag betreffend einer Werbung auf einem Transporter des Sozialwerks St. Stephanus zum Gesamtpreis von EUR 2.440,- zzgl. Mehrwertsteuer. Dem Vertrag liegt eine Laufzeit von fünf Jahren zu Grunde.

Beweis: Anzeigenauftrag vom 31.01.2005 nebst auf der Rückseite abgedruckter AGB in Kopie (Anlage K1)

II.

Der Beklagte hat den Vertrag für die Firma Hugo Schrepp GmbH abgeschlossen, ohne dazu die notwendige Vertretungsmacht zu besitzen. Der Geschäftsführer der GmbH hat den Vertrag auch nicht genehmigt, sondern hat von einer Realisierung abgesehen, so dass die Klägerin gem. §§ 179 Abs. 1, 649 Satz 2 BGB berechtigt gewesen ist, den Anzeigenpreis abzüglich der ersparten Aufwendungen in Rechnung zu stellen. Die Klägerin hat diese ersparten Aufwendungen mit Schreiben vom 01.04.2005, auf welches zur Vermeidung von Wiederholungen vollinhaltlich Bezug genommen wird, dargelegt.

Beweis: Schreiben der Klägerin vom 01.04.2005 in Kopie (Anlage K2)

Die Klägerin hat am 08.04.2005 eine Rechnung über den klagegegenständlichen Gesamtpreis von EUR 2.164,- ohne Mehrwertsteuer erstellt.

Beweis: Rechnung der Klägerin vom 08.04.2005 in Kopie (Anlage K3)

Der Beklagte leistete auf die berechtigte Forderung der Klägerin trotz mehrfacher Aufforderung keine Zahlung, so dass Klage geboten war. Zuletzt ist er mit Schreiben vom 14.06.2005 zur Zahlung bis zum 23.06.2005 aufgefordert worden, so dass spätestens seit dem 24.06.2005 Verzug besteht.

Die Klägerin nimmt den Beklagten gemäß § 179 Abs. 1 BGB auf Erfüllung des Vertrages in Anspruch. Die Bezeichnung der Forderung als „Schadensersatz“ in der vorprozessualen Korrespondenz ist eine unbeachtliche Falschbezeichnung.

Der Zinsanspruch der Klägerin ergibt sich aus den §§ 288 Abs. 2, 247 BGB.

Der Beklagte hat in der vorgerichtlichen Korrespondenz die Auffassung vertreten, er habe den Vertrag vom 31.05.2005 wirksam nach den Vorschriften der §§ 312, 355 BGB widerrufen. Diese Auffassung geht aber fehl, da in dem Vertrag kein Verbraucher als Partei beteiligt ist. Vertragspartner ist die Hugo Schrepp GmbH, mithin ein Unternehmer iSd. § 14 BGB. Ein Widerrufsrecht konnte daher nicht entstehen.

Die Klägerin hätte den Vertrag mit der Vertretenen erfüllen können. Der Kleintransporter ist am 11.04.2005 an das Sozialwerk St. Stephanus ausgeliefert worden und wird dort ständig eingesetzt. Die ursprünglich von dem Beklagten belegte Werbefläche auf der rechten Seite des Fahrzeugs, die Fläche „R 5“ konnte nicht mehr neu belegt werden und ist frei geblieben.

Beweis im Bestreitensfalle: Vorlage von Lichtbildern des Kleintransporters

Die Klage ist daher vollumfänglich begründet.

Einfache und beglaubigte Abschriften sowie Kostenmarken nach einem Streitwert von bis EUR 2.500,- liegen an.

Rechtsanwältin

Beglaubigt
Barth
Rechtsanwältin

Werbeflächenbelegung für:

Sozialwerk
St. Stephans

Auftragnehmer:

Agila Öffentlichkeitswerbung GmbH
Venloer Straße 171, 50823 Köln
Telefon: 0221 - 929 551

Art des Mobils:

- ☒ Sozialmobil ☐ Citymobil
☐ Sportmobil ☐ _____

Beschriftung:

- ☒ gemäß fixierter Werbegestaltung (vom Auftraggeber vorgelegtem Muster)
☐ gemäß vom Auftraggeber überlassener, verwendungsfähiger Beschriftungsunterlagen
☐ Beschriftungsunterlagen werden vom Auftraggeber spätestens 8 Tage nach Auftragserteilung dem Auftragnehmer überreicht

LAUFZEIT
☒ 5 Jahre ☐ 10 Jahre

Feld-Nr.
25

FARBEN
Grund: blau Schrift: weiß

Preis für 5 Jahre Werbelaufzeit

= 2.250,- €
zuzügl. MwSt.

Materialkosten

= 190,- €
zuzügl. MwSt.

Bankeinzug: Zwecks vereinfachter und kostensparender Handhabung soll der Werbepreis gemäß obiger Aufstellung über das Konto des Auftraggebers Nr. 718 000 337

bei der Sparkasse in Herne

BLZ 432 500 30 nach Rechnungserstellung beglichen werden.

Bei Auftragserteilung wird keine Zahlung geleistet. Der Auftrag wird zu den umseitigen Geschäftsbedingungen erteilt. Der Empfang der Auftragskopie sowie die Richtigkeit der Angaben wird bestätigt. Zur Erteilung dieses Auftrages ist der Unterzeichner berechtigt oder bevollmächtigt. Mündliche Vereinbarungen bedürfen der Schriftform und sind ansonsten unwirksam.

Herne, 31.01.05
Ort, Datum
Hugo Schrepp
Unterschrift des Auftraggebers

Herne, 31.01.05
Ort, Datum
Hug
Unterschrift des Auftragnehmers, vertr. d. d. Mitarbeiter

Auftraggeber:

Firmenstempel
Hugo Schrepp GmbH
Malerwerkstätten
44625 Herne
Am Sengenhoff 4
Telefon (0 23 23) 72 80 31
Telefax (0 23 23) 28 05 05
44625, Herne
PLZ, Ort
A.O. A.O.
Tel.: Fax:
Hugo Schrepp
Vor- und Zuname des Firmeninhabers
Hugo Schrepp
Vor- und Zuname des Unterzeichners

Hinweis des LJPA:

Vom Abdruck der Allgemeinen Geschäftsbedingungen wird abgesehen. Sie sind für die Fallbearbeitung nicht von Bedeutung.

Aquila Öffentlichkeitswerbung GmbH, Venloer Straße 171, 50823 Köln

E I N S C H R E I B E N

Herr
Hugo Schrepp
Am Sengenhoff 4
44625 Herne

Datum
01.04.2005
Telefonisch erreichbar:
Mo.-Fr. 10⁰⁰ - 12⁰⁰ Uhr

Mobilwerbung Sozialwerk St. Stephanus Herne

Sehr geehrter Herr Schrepp,

der Geschäftsführer der Firma Hugo Schrepp GmbH, Herr Matthias Schrepp, hat uns darüber in Kenntnis gesetzt, dass Sie nicht dazu berechtigt waren, den von Ihnen am 31.01.2005 für die o.g. Werbemaßnahme erteilten Anzeigenauftrag zu unterzeichnen.

Im vorliegenden Fall handelten Sie somit als Unterzeichner ohne Vertretungsvollmacht gem. § 177 BGB. Laut § 179 Abs. 1 BGB haften Sie daher als Vertreter ohne Vertretungsmacht.

Da Herr Matthias Schrepp den von Ihnen unterzeichneten Auftrag nicht anerkennt, werden wir vom Druck der Werbung absehen. Demzufolge sind wir gemäß § 649 Satz 2 BGB berechtigt, Ihnen die vereinbarte Vergütung, abzüglich der ersparten Aufwendungen in Rechnung zu stellen. Diese Forderung setzt sich zusammen aus anteiligen Fahrzeugkosten, Vertreterprovision, Tantiemen, Marketing- und Verwaltungskosten sowie entgangenem Gewinn.

Somit ergibt sich die nachfolgende Berechnung:

Anzeigenpreis netto	2.440,00 Euro
abzüglich ersparter Aufwendungen	
/. Grundpreis Satz	24,00 Euro
/. Grundpreis Druck	46,00 Euro
/. Materialkosten	190,00 Euro
/. Folie aufziehen	16,00 Euro
Schadenersatz (fällt keine Steuer an)	2.164,00 Euro

Da seitens Herrn Matthias Schrepp die Ausführung des Auftrages bereits abgelehnt wurde, werden wir Ihnen in Kürze die entsprechende Schadenersatzrechnung zukommen lassen.

Mit freundlichen Grüßen

A. Kamp

L. Lorth

Agila Öffentlichkeitswerbung GmbH, Venloer Straße 171, 50823 Köln

Herr
Hugo Schrepp
Am Sengenhoff 4
44625 Herne

Datum
08.04.2005

Rechnung 09/03.007056
Kundennummer: 10499605
- Bitte bei Zahlung und Schriftverkehr angeben -

Für nachfolgenden Auftrag danken wir Ihnen und berechnen vereinbarungsgemäß, zahlbar rein netto Kasse:

Schadenersatz Mobilwerbung
Sozialwerk St. Stephanus

2.164,00 EUR

Nettobetrag
0,0 % Mehrwertsteuer
Rechnungsbetrag

2.164,00 EUR
0,00 EUR
2.164,00 EUR

Bitte beachten Sie den spätesten Zahlungstermin

22.04.2005

30 C 255/05

AG Herne

Verfügung:

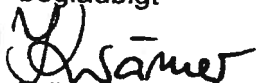
1. Das schriftliche Vorverfahren wird angeordnet.
2. Der beklagten Partei wird aufgegeben,
 - a) binnen einer Notfrist von zwei Wochen nach Zustellung der Klageschrift dem Gericht schriftlich anzuzeigen, ob sie sich gegen die Klage verteidigen will oder ob sie den Anspruch ganz oder teilweise anerkennt.
Die beklagte Partei wird darauf hingewiesen, dass bei nicht rechtzeitigem oder nicht formgerechtem Eingang der Anzeige auf Antrag der klagenden Partei gegen sie ein Versäumnisurteil im schriftlichen Verfahren erlassen werden kann (§§ 276 I, II, 331 III ZPO).
 - b) für den Fall, dass sie sich gegen die Klage verteidigen will, binnen einer weiteren Frist von zwei Wochen zur Klage schriftlich Stellung zu nehmen. Einzelne Einwendungen sind konkret unter Angabe von Beweismitteln, insbesondere namentliche Benennung von Zeugen und Vorlage der in Bezug genommenen Urkunden, vorzutragen.

[...]

Herne, den 24.08.2005
Amtsgericht

Dr. Gropius,
Richterin am Amtsgericht

beglaubigt


Krämer,
Justizangestellte

Hinweis des LJPA:
Vom Abdruck der Verfügung im übrigen wird abgesehen. Sie ist für die Fallbearbeitung nicht von Bedeutung.

Hugo Schrepp
Am Sengenhoff 4
44623 Herne

Firma
Agila Öffentlichkeitswerbung GmbH
Venloer Straße 171
50823 Köln

07.02.2005

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit widerrufe ich nach Paragraph 312 und 355 den mit Ihnen
geschlossenen Vertrag vom 31.01.2005. Kopie des Vertrages füge
ich bei.

Mit freundlichem Gruß

H. Schrepp.

Vermerk für die Bearbeitung

Die Angelegenheit ist aus anwaltlicher Sicht zu bearbeiten. Dabei sollen auch Überlegungen zur Zweckmäßigkeit des Vorgehens angestellt werden. Zeitpunkt der Begutachtung ist der

01.09.2005

Sollte eine Frage für beweisheblich gehalten werden, so ist eine Prognose zu der Beweislage (z. B. Beweislast, Qualität der Beweismittel etc.) zu erstellen.

Werden Anträge an ein Gericht empfohlen, so sind diese am Ende des Vortrages auszuformulieren.

Die Formalien (Ladungen, Zustellungen, Unterschriften, Vollmachten) sind in Ordnung.

Der Bearbeitung ist der zur Zeit der Begutachtung geltende Rechtszustand zugrunde zu legen. Übergangsvorschriften sind nicht zu prüfen.

Der Wohnsitz des Beklagten liegt im Bezirk des Amtsgerichts Herne und des Landgerichts Bochum.

Prüfervermerk zum Aktenvortrag

Dem Aktenvortrag liegt der Rechtsstreit 36a C 263/04 beim Amtsgericht Gelsenkirchen zu Grunde.

KV 3195

Textkontrolle: BGB, ZPO

A. Zulässigkeit der Klage

Die Klage dürfte zweifelhaft zulässig sein. Die Zuständigkeit des AG Herne folgt aus § 23 Nr. 1 GVG und §§ 12, 13 ZPO.

B. Begründetheit der Klage

I. Anspruchsgrundlage: Der Klägerin dürfte gegen den Mandanten dem Grunde nach ein Anspruch aus § 179 Abs. 1 iVm. § 649 BGB haben. Der Mandant hat - nach eigenen Angaben wissentlich - als *falsus procurator* einen Vertrag über die Vermittlung und Gestaltung einer Werbefläche auf einem Transporter des Sozialwerks St. Stephanus im Namen der Hugo Schrepp GmbH abgeschlossen. Der Geschäftsführer der vertretenen GmbH hat den Vertrag nicht gemäß § 177 Abs. 1 BGB genehmigt.

II. Anspruchsinhalt: Der Mandant kann von der Klägerin wahlweise auf Erfüllung und auf Schadensersatz in Anspruch genommen werden. Die Klägerin stützt ihre Klage ausdrücklich auf den ihr zustehenden Erfüllungsanspruch.

Dies dürfte zulässig sein; eine Festlegung gemäß § 263 Abs. 1 BGB auf einen Schadensersatzanspruch hat durch die vorprozessuale Korrespondenz wohl nicht stattgefunden, da die Rechtsfolge des § 179 Abs. 1 BGB sich nach hM nicht auf eine Wahlschuld iSd. § 262 BGB bezieht (vgl. Palandt-Heinrichs, BGB, 64. Aufl. 2005, § 179 Rn. 5; Krüger in MünchKomm-BGB, 4. Aufl. 2003, § 262 Rn. 12 m.w.N. zur Gegenauffassung - steht den Kandidaten nicht zur Verfügung).

III. Gegenrechte des Mandanten: Der Vertreter ohne Vertretungsmacht, der auf Erfüllung in Anspruch genommen wird, hat zwar keinen eigenen Erfüllungsanspruch, wohl aber Gegenrechte aus § 320 BGB und § 323 ff. BGB (Palandt-Heinrichs, aaO, § 179 Rn. 5). Ebenso kann ein Widerrufsrecht bestehen, wenn bei einem Vertragsschluss in einer Haustürsituation auf der Seite des Vertretenen ein Verbraucher mitgewirkt hat (vgl. Palandt-Heinrichs, aaO, § 312 Rn. 5).

Im Ergebnis dürfte der Mandant sich durch seinen Widerruf vom 07.02.2005 nicht gemäß §§ 312, 355 BGB von seiner Verpflichtung aus § 179 Abs. 1 BGB befreit haben. Der räumliche Anwendungsbereich der Vorschriften ist gemäß § 312 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BGB eröffnet. Problematisch ist jedoch, ob an dem Vertragsschluss ein Verbraucher iSd. § 13 BGB beteiligt war. Verbraucher ist jede natürliche Person, die ein Rechtsgeschäft abschließt, ohne gewerbliche Zwecke zu verfolgen. Abzugrenzen ist der Verbraucherbegriff von dem des Unternehmers. Der Mandant selber fällt unter den Verbraucherbegriff. Zweifelhaft ist allerdings, ob er in dieser Eigenschaft den Vertrag abgeschlossen und damit ein Widerrufsrecht nach § 312 BGB begründet hat. Das Widerrufsrecht dient dem Schutz wirtschaftlich Unerfahrener vor einem voreiligen Vertragsschluss in einer Überrumpelungssituation. Aus diesem Grunde ist bei Vertretergeschäften auch hinsichtlich der Haustürsituation auf die tatsächlich handelnden Personen abzustellen (Palandt-Heinrichs, aaO, § 312 Rn. 5). Anderes dürfte für die Beurteilung der Verbrauchereigenschaft gelten. Bedient sich ein Unternehmer beim Vertragsschluss eines Vertreters, kann dies den Anwendungsbereich der Verbraucherschutzvorschriften für die Gegenseite auslösen (vgl. Palandt-Heinrichs, aaO, § 312 Rn. 6 m.w.N.). Umgekehrt liegt es aber nahe, dass ein Unternehmer durch einen zwischen geschalteten Vertreter, der Verbraucher ist, einen Vertrag nicht für sich selbst zum Verbrauchergeschäft machen kann. Er kann sich auf diesem Wege nicht gegenüber einem anderen Unternehmer ein Widerrufsrecht verschaffen (vgl. zum gleich gelagerten Problem beim HWiG BGH NJW-RR 1991, 1074 - steht den Kandidaten nicht zur Verfügung). Der *falsus procurator* aber kann keine weitergehenden Rechte aus dem Vertrag haben, als der dahinter stehende Unternehmer sie hätte. Da der Mandant für eine juristische Person, also einen Unternehmer iSd. § 14 BGB, gehandelt hat, stand ihm also kein Widerrufsrecht zu. Denn die Klägerin konnte darauf vertrauen, dass derjenige, der für gewerbliche Zwecke ein Haustürgeschäft abschließt, über ausreichend Geschäftserfahrung besitzt. Die Tatsache, dass der Vertreter wider Erwarten die geschäftliche Erfahrung vermissen lässt, kann nicht zu einer Schlechterstellung des Vertragspartners führen (vgl. BGH aaO).

Die Kenntnis der einschlägigen BGH-Entscheidung kann von den Kandidaten nicht erwartet werden. Maßgeblich ist die Problemerkennung und die alternative Auseinandersetzung mit den Anwendungsvoraussetzungen der Verbraucherschutzvorschriften.

Der Mandant kann gegen den Anspruch möglicherweise Einwendungen aus § 649 Satz 2 BGB erheben. Er trägt jedoch die Darlegungs- und Beweislast dafür, dass die Klägerin höhere Aufwendungen erspart hat, als sie bereits in ihrem Vortrag berücksichtigt hat. Ihrer Darlegungslast (vgl. dazu Palandt-Sprau aaO, § 649 Rn. 8) dürfte sie durch die Bezugnahme auf das Schreiben vom 01.04.2005 nachgekommen sein. Dem kann der Mandant wohl nur durch substantiiertes Bestreiten entgegen treten. Er müsste dann wohl genauer darlegen, inwieweit die Klägerin die Werbefläche anderweitig hätte vermieten können.

Schließlich kann der Mandant auch als Vertreter ohne Vertretungsmacht die Einrede des nicht erfüllten Vertrages gemäß § 320 Abs. 1 BGB erheben. Hierdurch könnte er sich jedoch nicht dauerhaft der Zahlungsverpflichtung entziehen, da § 320 BGB nur eine aufschiebende Einrede bildet (vgl. Palandt-Heinrichs, aaO, § 320 Rn. 13). Problematisch ist zudem, dass die Einwendung bei eigener Vertragsuntreue ausgeschlossen sein kann (Palandt-Heinrichs, aaO, § 320 Rn. 6). Der Mandant will sich aber gerade vom Vertrag lösen.

Keine Rechte kann der Mandant aus der Stornierung des Vertrages durch die Hugo Schrepp GmbH herleiten. § 179 BGB wäre überflüssig, wenn die Haftung des *falsus procurator* entfielen, wenn der Vertretene die Verpflichtung aus dem Vertrag zurückweist.

Die Klägerin kann Verzugszinsen im beantragten Umfang verlangen. Da beide Vertragspartner als Gesellschaften mit beschränkter Haftung Unternehmer iSd. § 14 BGB sind, fällt der erhöhte Zinssatz nach § 288 Abs. 2 BGB an.

2. Zweckmäßigkeitserwägungen

Nach dem hier vertretenen Ergebnis hat die Verteidigung gegen die Klage nur wenig Aussicht auf Erfolg. Eine Zahlungsverpflichtung des Mandanten wird sich nicht vollständig abwenden lassen. Dennoch wird es zweckmäßig sein, zunächst innerhalb der gemäß § 276 Abs. 1 ZPO durch das Gericht gesetzten Frist die Verteidigungsbereitschaft zu zeigen, um den Erlass eines Versäumnisurteils nach § 331 Abs. 3 ZPO zu verhindern. Die denkbaren Einwendungen bieten nur sehr schwache Verteidigungsmittel. Praktikabel dürfte es sein, der Klägerin - nach Rücksprache mit dem Vertreter der Hugo Schrepp GmbH und unter dessen Einbeziehung - im Vergleichswege die Durchführung des Vertrages anzubieten. Hierbei könnten eventuell einzelne Positionen noch mal neu ausgehandelt werden.